

Visionen, Chimären und offene Fragen

Osttimors Rohstoff-Boom

von
Henri
Myrttinen

Die Visionen zumindest sind grandios. Da, wo jetzt noch kleine Ziegenherden durch das dornige Gebüsch wandern, Krokodile im Matsch lümmeln und ein bis zwei Mal am Tag ein klapperiges Motorrad vorbei knattert, soll in Kürze eine mehrspurige Autobahn gebaut werden. Sie soll gleich drei neue Städte – Nova Suai, Nova Beçu und Nova Betano – miteinander verbinden, die zusammen mit zwei Häfen und zwei Flughäfen entstehen sollen. Die hochtrabenden Pläne sind Teil eines geplanten Industrieclusters, das an der osttimoresischen Südküste östlich der Stadt Suai entstehen soll. Der petrochemische Komplex Tasi Mane (Südliches, beziehungsweise Männliches Meer) soll in einigen Jahren voll funktionsfähig sein und das aus der Timorsee gewonnene Erdgas für den Export weiterverarbeiten. Unter dem Meer zwischen Nord-Australien und der Insel Timor liegen mehrere Öl- und Gasfelder, von deren Ausbeutung sich Osttimors Regierung den großen Sprung nach vorn in seiner wirtschaftlichen Entwicklung erhofft.

Die ambitionierten Pläne haben jedoch mehr als nur einen Haken. Der Größte ist, dass gar nicht einmal feststeht, ob und falls ja, wann das Gas an die Südküste fließen wird. Die osttimoresische Seite besteht vehement darauf, dass die Weiterverarbeitung des Gases auf dem osttimoresischen Festland geschehen muss. Die australische Firma Woodside, mit offensichtlicher Rückendeckung der australischen Regierung, besteht wiederum darauf, das Gas auf einer Offshore-Anlage zu verwerten. Da keine Einigung in Sicht ist, hat die osttimoresische Regierung beschlossen, mit dem Bau der Infrastruktur an der Südküste vollendete Tatsachen zu schaffen. Das Tasi Mane Projekt soll dem Land den Sprung in die Industrialisierung ermöglichen und dringend benötigte Arbeitsplätze schaffen, ähnlich der Zuversicht Kevin Costners im Film *Field of Dreams*: »If we build it, they will come.«

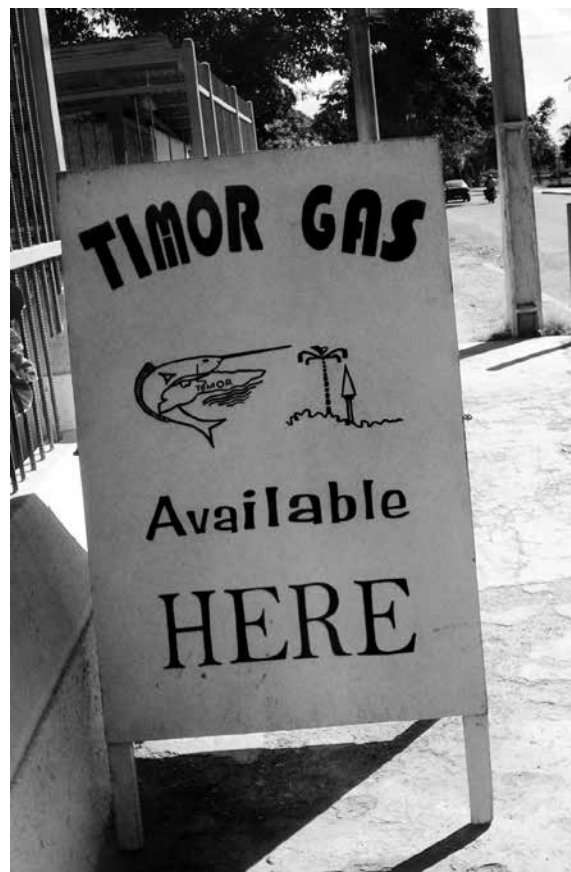
Wirtschaftliche Relevanz?

Kritiker, angeführt von dem einflussreichen La'ó Hamutuk Institut in der Hauptstadt Dili, hinterfragen jedoch die grandiosen Visionen der Regierung. Sie bezweifeln, dass der Raffineriekomplex zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung des ärmsten Landes der Region führen würde. Extraktive Industrien wie zum Beispiel der petrochemische Bereich bedürfen für die meisten Aufgaben hochspezialisierter Arbeitskräfte. Obwohl einige Dutzend

OsttimoresInnen unter anderem mit norwegischen Hilfsmitteln bereits in dieser Richtung ausgebildet werden, würden auch in dem Fall, dass die Weiterverarbeitung an der Südküste tatsächlich stattfinden würde, die meisten der benötigten Arbeitskräfte aus dem Ausland kommen.

Es ist auch gut möglich, dass nicht nur die positiven direkten wirtschaftlichen Impulse für das Land ausbleiben würden, sondern auch die erhofften sekundären Impulse. In Ländern, wo die allgemeine Infrastruktur ähnlich schwach ist wie in Osttimor, entwickeln Öl-, Gas- oder Bergbauprojekte sich leicht zu wirtschaftlichen Enklaven, die vom Rest des Landes abgekoppelt sind: die Expats wohnen separat in ihren Bungalows, die mittels eigener Generatoren kühl gehalten werden, kaufen importierte Produkte in Supermärkten ein, welche in ausländischer Hand sind, trinken importiertes Bier unter ihresgleichen in Kneipen, die ebenfalls in ausländischer Hand sind und für die sogar die Bediensteten eingeflogen werden. Ihren Urlaub verbringen sie meist dort, wo es eine bessere touristische Infrastruktur gibt, sprich eher an der australischen Sunshine Coast als in den Dörfern rund um die Goldminen Papuas; eher auf Bali, als im Schatten der Bohrtürme Borneos. In vielerlei Hinsicht wäre dieses Szenario eine Neuauf-

Der Autor hat zu Osttimor promoviert und arbeitet seit mehreren Jahren für verschiedene NGOs in und zu dem Land.



Timor Gas im Angebot: Aber zu welchem Preis?
Foto: Henri Myrttinen

lage dessen, was die Hauptstadt Dili während der UN-Präsenz 1999–2012 erlebte.

Blut für Öl

Die Vehemenz, mit der die Regierungen verschiedener Couleur seit der Unabhängigkeit die Frage der Verarbeitung des Öls und des Gases aus der Timorsee angehen, hat nicht nur mit wirtschaftspolitischen Gründen zu tun. Zu Recht oder zu Unrecht wurde Indonesien während seiner Besatzungszeit vorgeworfen, Osttimor unter anderem wegen dieser Öl- und Gasvorkommen okkupiert zu haben.

Australien hingegen hat bereits seit den 1960er Jahren aus seinem Interesse an diesen Vorkommen keinen Hehl gemacht. Die südpazifische Hegemonialmacht war eine der wenigen Nationen, welche Indonesiens völkerrechtswidrige Annektierung Osttimors *de jure* anerkannte – vor allem, um an diese Rohstoffe zu kommen. Diese Anerkennung wurde 1989 von den damaligen Außenministern Ali Alatas und Gareth Evans symbolträchtig in einem Flugzeug über der Timorsee bei einer Flasche Champagner besiegelt; ein Moment, der sowohl in Australien als auch in Osttimor unvergessen bleibt. Es blieb der bittere Nachgeschmack, dass Australien bei allen Lippenbekenntnissen zur Demokratie und zu Menschenrechten in Indonesien ohne Weiteres die über 100.000 osttimoresischen Opfer der Okkupation seinen eigenen wirtschaftlichen Interessen unterordnete. Dieser Eindruck wurde nach der Unabhängigkeit durch die sehr harte Verhandlungslinie des reichen, südlichen Nachbarn um die Nutzung der Vorkommen nur noch verstärkt. Australien hatte sich hierfür in weiser Voraussicht schon vor Osttimors Unabhängigkeit von gängigen internationalen Verträgen verabschiedet, welche Osttimor einen weitaus größeren Anteil an den Vorkommen zugesprochen hätten.

Anreize oder Austerität?

Obwohl das Gros der Gas- und Ölvorkommen noch nicht angezapft wurde und unklar ist, wo die Rohstoffe weiterverarbeitet werden würden, erlebt die Wirtschaft Osttimors oder zumindest der Teil, an

dem die Oberschicht Dilis teilhat, einen Öl-Boom. Das Land hat nach norwegischem Vorbild einen Petroleumfonds geschaffen, um die Einkünfte aus dem Petroleumbereich nachhaltig zu nutzen. Seit 2007 hat die osttimoresische Regierung Zugriff auf diesen Fonds und nutzt ihn großzügig. Während die Regierung von Premierminister Xanana Gusmão dies mit zwingender Armutsbekämpfung und der Notwendigkeit einer Ankurbelung der Wirtschaft begründet, benutzen Kritiker oft die bösen Worte »Patronage« und »Korruption«.

Die Wahrheit liegt – wie so oft wohl – dazwischen. Mittels der Gelder aus dem Fonds hat sich die Regierung die Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung quasi erkaufte, aber den Wohlstand zu verteilen gehört auch zu den Grunderwartungen, die an jede Regierung gestellt werden. Sicherlich fließen Gelder an zwielichtige Charaktere, aber ist es nicht besser, diese somit ruhig zu stellen, bevor sie das Land wieder in eine Krise wie 2006 stürzen? Und fließen nicht auch Gelder an sozial schwache Gruppen wie Rentner und ehemalige Binnenflüchtlinge?

Ende der Party?

Gesellschafts- und wirtschaftspolitisch haben es die zwei Regierungen Gusmãos durchaus geschafft, das Land zu befrieden und dem Land Hoffnung darauf zu geben, dass der offizielle Slogan »*Goodbye Conflict – Hello Development*« in Erfüllung gehen wird. Aber kann der Plan aufgehen? Wenn man der Regierung glaubt, sind die blühenden Landschaften nur eine Frage der Zeit. Kritiker hingegen verweisen auf die bereits jetzt schon nicht mehr nachhaltige Ausgabepolitik der Regierung bezüglich des Petroleumfonds, die steigenden Erwartungen der Bevölkerung und die Ankurbelung der Inflation durch die freigiebige Ausgabepolitik der Regierung.

Und was ist, wenn das Öl und Gas doch nicht in die Anlagen um Suai fließen werden, die Vorkommen schneller verbraucht sind oder sich als unwirtschaftlicher herausstellen werden als gedacht? Wenn andere Gasanbieter schneller und billiger online gehen? Werden die versprengten Ziegenherden der Südküste dann um halbfertige Industrieruinen statt um Dornbüsche herum grasen?